RP-A3 3. GRÜN WÄHLEN UND BAYERN ZUSAMMENHALTEN

Antragsteller*in:	Entwurf Regierungsprogramm LV
Tagesordnungspunkt:	9.2. Anträge Landtagswahlprogramm (Änderungsanträge bitte anhand der eingestellten Kapitel des Entwurfs des Landesverbandes stellen)

Text

3.1 GUTE KINDHEIT UND JUGEND

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Alle jungen Menschen in Bayern sollen sich zu eigenständigen, glücklichen und ausgeglichenen Persönlichkeiten entwickeln, damit sie Verantwortung für sich, unsere Gesellschaft und unsere Umwelt übernehmen können. Deshalb gestalten wir Schule so, dass sie Interesse weckt, allen Schüler*innen gute Bildung ermöglicht und Spaß macht. Deshalb schaffen wir in allen Gemeinden Jugendtreffs, stärken die Angebote der Jugendarbeit und beteiligen Kinder und Jugendliche direkt an Entscheidungen. Politisches Handeln richten wir immer auch an seinen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche aus.

Glückliche und ausgeglichene Kinder bestimmen darüber, wie unsere Gesellschaft in Zukunft funktioniert. Die Krisen unserer Zeit haben tiefe Risse in den Seelen junger Menschen hinterlassen. Wir wollen wieder für mehr Leichtigkeit im Leben unserer Kinder und Jugendlichen sorgen. Denn wenn ein Riss zum echten Bruch wird, verlieren wir Hoffnungsträger*innen und Gestalter*innen der Welt von morgen. Das sollten wir bei keinem einzigen Kind riskieren. Kinder haben eigene Bedürfnisse und Interessen und brauchen unseren besonderen Schutz, um sich gesund entwickeln und entfalten zu können. Wir ermöglichen jedem Kind ein Aufwachsen unter den bestmöglichen Bedingungen. Der Kern grüner Politik für Kinder ist, ihre Interessen zu berücksichtigen und ihnen zu ermöglichen, ihr Leben selbst mitzugestalten.

Gesund aufwachsen

Eine gute Kindheit ist auch eine gesunde Kindheit. Wenn im Kindesalter der Grundstein für eine gesunde Lebensweise gelegt wird, hält dies meist auch im Erwachsenenalter an.

Deshalb bringen wir mehr Bewegung und Sport in Kita, Kindertagespflege, Hort und Schule und sorgen dort dafür, dass alle Kinder eine gesunde, regionale, qualitativ hochwertige und staatlich subventionierte Ernährung erhalten.

Für einen gesunden Start ins Leben sorgen wir durch eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen, Geburtshelfer*innen und Kinderärzt*innen auf dem Land und in der Stadt.

Kinder mit seltenen Erkrankungen und Behinderungen und ihre Eltern unterstützen wir durch eine zentralisierte und zertifizierte, qualitativ gesicherte Versorgung und Beratung. Mit flächendeckenden Weiterbildungen für Lehrer*innen werden wir psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen thematisieren und enttabuisieren.

In Sicherheit aufwachsen

Jedes Kind hat das Recht, vor Gewalt geschützt zu werden, der Staat muss dafür Sorge tragen. So sieht es Artikel 19 der UN-Kinderrechtskonvention vor. Wir GRÜNE wollen den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in Bayern deutlich ausbauen und ein gewaltfreies Aufwachsen für alle sicherstellen.

Dafür werden wir Kinderrechte in die Verfassung des Freistaats aufnehmen und eine neue Stelle schaffen, die bei der Staatsregierung angesiedelt ist: Der*die Kinderbeauftragte soll einen jährlichen Kinderschutzbericht herausgeben. Damit schaffen wir die Möglichkeit, die Fortschritte und Versorgungslücken im Kinderschutz in Bayern zu beobachten und mit maßgeschneiderten Programmen nachzusteuern, wo es nötig ist.

Durch eine landesweite Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe beugen wir Konflikten vor, schaffen unabhängige Ansprechpartner*innen für Kinder, Jugendliche und Erziehungsberechtigte und unterstützen Jugendämter und Eltern dabei, Konflikte außergerichtlich und im gegenseitigen Einvernehmen zu klären.

Wir starten zusammen mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern ein Präventionsprogramm, um dem Missbrauch von Kindern vorzubeugen und ihn zu verhindern. Das von der Staatsregierung eingesetzte Gesamtkonzept zum Kinderschutz werden wir unabhängig evaluieren lassen. Unabhängige und staatliche Beratungs- und Anlaufstellen in Bayern werden wir ausbauen, barrierefrei machen und verlässlich unterstützen.

In Solidarität aufwachsen

Zu einer guten Kindheit gehört auch, dass jedes Kind die Unterstützung erhält, die es für seine Entwicklung benötigt. Dafür werden wir Sozialarbeit an jeder Schule im Freistaat stärken. Auch werden wir multiprofessionelle Teams an Schulen in Bayern einführen. Deren Mitglieder stammen aus unterschiedlichen Berufsgruppen, vom Erzieher über die Sozialpädagogin bis hin zur Psychotherapeutin. Damit stellen wir die optimale Unterstützung der Kinder sicher.

Wir schulen Lehrkräfte und Pädagog*innen auch in armutssensiblem Handeln, denn wer sich weniger leisten kann als seine Mitschüler*innen, fühlt sich schnell ausgeschlossen und entmutigt. Bereits bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote bauen wir aus und vernetzen sie besser miteinander.

Wir stärken die Kinder- und Jugendhilfe außerdem, indem wir die Ausbildungskapazitäten für das Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik ausbauen und die Vergütung des Praxissemesters zur Pflicht machen. Durch einen Digitalpakt für die Kinder- und Jugendhilfe unterstützen wir die Träger der Kinder- und Jugendhilfe dabei, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, sich zu modernisieren und lebensnahe Angebote zu schaffen.

Durch eine bessere Qualifizierung und Barrierefreiheit werden wir die inklusive Kinder- und Jugendhilfe vorantreiben. Weiter werden wir die Finanzierung der freien Träger von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe besserstellen.

Viele Projekte der Kinder- und Jugendhilfe sind abhängig von Ausschreibungen des Freistaats Bayern, die derzeit voraussetzen, dass die Einrichtungen einen Teil

der Kosten selbst finanzieren. Wir werden diese Eigenmittel-Regelungen so flexibilisieren, dass mit uns in Zukunft auch ehrenamtliche Arbeit, Sachwerte und Verwaltungsleistungen als Eigenmittel anerkannt werden und nicht mehr nur bares Geld.

Jedes Kind und jede*r Jugendliche hat das Recht, am Leben in der Gemeinschaft teilzuhaben – sei es beim Ausflug mit der Kita, im Schullandheim, im Schwimmbad oder im Museum. Aber nicht jede Familie kann das finanziell allein stemmen. Wir unterstützen die Vorhaben im Bund, eine Kindergrundsicherung einzuführen. Diese soll das Kindergeld auf das Existenzminimum aufstocken, damit kein Kind in unserem reichen Land mehr in Armut leben muss.

Wir trauen der Jugend etwas zu

Junge Menschen sind mehr als Schüler*innen. Wir wollen, dass junge Menschen ihre Freizeit nach ihren Wünschen gestalten können. Deshalb stärken wir die Vereine und Träger der außerschulischen Jugendarbeit mit ihren Ehrenamtlichen. Wir wissen die Arbeit des Bayerischen Jugendrings sehr zu schätzen, unterstützen sie in ihrer selbst organisierten Form und sichern eine optimale Ausfinanzierung. Alle Ganztagsschulangebote wollen wir mit Vereinen und Angeboten der außerschulischen Jugendarbeit gut vernetzen. Wir bauen die Angebote für europäischen Jugendaustausch weiter aus. Queeren Jugendlichen im ganzen Land bieten wir qualifizierte Anlaufstellen, an die sie sich wenden können. Wir bauen besonders auch Angebote für queere Jugendliche im ländlichen Raum aus.

Ein gutes Leben gibt es nur in einer intakten Natur. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Kinder erhalten und ihnen mit auf den Weg geben, warum das so wichtig ist. Deshalb werden wir die Umweltbildung im Freistaat ausbauen.

Kinder und Jugendliche wollen eigenständig unterwegs sein und sich die Welt selbst erobern. Damit Kinder sicher zur Schule, zur Kita oder zu ihren Freund*innen kommen, brauchen wir mehr Spielstraßen und Tempo 30 in Orts- und Stadtzentren. Wir setzen politische Anreize, damit die Kommunen mehr autofreie Zonen schaffen und Ortskerne so gestalten, dass junge Menschen sich dort gut treffen, gemeinsam spielen und ratschen können. Wir bauen auch den öffentlichen Nahverkehr aus und führen dort ein kostenloses Ticket für alle Kinder und Jugendlichen, Azubis und Studierenden ein.

Entscheidungen müssen auch von denen getroffen werden, die sie betreffen und die sie mittragen sollen. Das gilt heute mehr denn je. Denn die Klimakrise wird die jungen Menschen länger und intensiver treffen als die älteren, deshalb verdienen sie mehr Mitsprache in Bayern. Wir schaffen eine verbindliche Gesamtstrategie für mehr Jugendbeteiligung in Bayern und machen Beteiligungsangebote in jeder Gemeinde zur Pflicht. Wir senken das Wahlalter für Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahlen sowie für Volks- und Bürgerbegehren und -entscheide im ersten Schritt auf 16 Jahre herab. So machen wir Bayern zu einem Bundesland, in dem Kinder und Jugendliche gut und gerne leben und selbst mitgestalten.

Projekte

Wahlalter 16: Wir setzen das Wahlalter 16 endlich um. Entscheidungen sollen auch von denen getroffen werden, die sie in Zukunft mitzutragen haben. Deswegen wollen wir das Wahlalter 16 bei Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahlen, Volks-

und Bürgerentscheiden. Jugendliche haben ein Recht, stärker als bisher an demokratischen Prozessen teilzuhaben!

In vielen Bundesländern gibt es das aktive Wahlalter schon lange – wir brauchen es jetzt auch endlich in Bayern. Damit Jugendliche ihr Wahlrecht informiert ausüben können, wollen wir sie umfassend vorbereiten. Politische Bildung muss deshalb in den Lehrplänen der Schulen bereits wesentlich früher angesiedelt werden. Durch gezielte Informationsprogramme sollen die Schüler*innen auf die Wahrnehmung ihres Wahlrechts vorbereitet werden.

Jugendhilfe in Bayern erhalten: Kinder- und Jugendhilfe ist kein Luxus, sie ist eine staatliche Pflichtaufgabe. Viele Projekte der Kinder- und Jugendhilfe sind abhängig von Ausschreibungen bei privaten und öffentlichen Förderern. Meistens sind solche Ausschreibungen verbunden mit der Forderung, einen Anteil an Eigenmitteln zu nutzen. Gegenwärtig werden als Eigenleistung bei solchen Ausschreibungen auf kommunaler und auf Landesebene ausschließlich Geldvermögen, also bare Eigenmittel, anerkannt. Durch die Flexibilisierung und Entbürokratisierung der Eigenmittelvorschriften schaffen wir attraktivere Rahmenbedingungen für insbesondere die kleineren Träger der Kinder- und Jugendhilfe. So werden mit uns in Zukunft auch ehrenamtliche Arbeit, Sachwerte und Verwaltungsleistungen als Eigenmittel anerkannt und nicht nur bares Geld.

3.2 KITA UND SCHULE DER ZUKUNFT

Unsere Kinder haben den bestmöglichen Start ins Leben verdient. Eine gute Kindheit braucht gute Bildung. Wir wollen jedem Kind unabhängig davon, ob es mit einer Behinderung lebt oder aus welcher Familie es kommt, alle Möglichkeiten geben, seine Talente frei zu entfalten und sich zu einer aufgeschlossenen, verantwortungsbewussten Persönlichkeit zu entwickeln. Wir geben den Kindern mit auf den Weg, dass es sich lohnt, für den Erhalt unserer kostbaren Natur und für unsere starke Demokratie zu kämpfen. Wir bestärken sie in ihrer Neugier, damit sie ein Leben lang gerne dazulernen und auch die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Gute Bildung von Anfang an – Frühkindliche Bildung

Gute Bildung beginnt bereits vor der Schule. Um allen Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen, setzen wir auf mehr und bessere Kindertagesstätten in Bayern und bauen die Betreuungsplätze aus. Außerdem ist es uns wichtig, dass Kindergärten inklusiv und barrierefrei sind. Wir werden ein Investitionsprogramm für neue Kita-Plätze ins Leben rufen. Für mehr qualifiziertes Personal werden wir ein Fachkräfteprogramm starten, das neue Erzieher*innen gewinnt und diese an die bayerischen Kitas bindet. Wir werden Fachkräfte besser bezahlen, angefangen in der Ausbildung. Wir werden die Arbeitsbedingungen verbessern, den Fachkraft-Kind-Schlüssel anheben und auf mehr und attraktivere Weiterbildungsangebote setzen. Wir sichern Leitungskräften mehr Zeit für ihre besonderen Aufgaben und bauen flächendeckend die Pädagogische Qualitätsbegleitung aus. Die Kindertagespflege in ihren verschiedenen Facetten werten wir auf und sichern eine bayernweit gleiche Vergütung, höhere Qualitäts- und Qualifizierungsstandards und eine bessere Zusammenarbeit mit den Jugendämtern. Kommunen unterstützen wir dabei, einen trägerübergreifenden Pool an Fachkräften aufzubauen, die bei Personalengpässen in Kindergärten flexibel eingesetzt werden können.

Wir wollen, dass alle Kinder, die zu Hause kein Deutsch sprechen, frühzeitig Sprachförderung erhalten. Wir erhalten ein Landesprogramm „Sprach-Kitas“. Dem pädagogischen Personal ermöglichen wir mehr Aus- und Weiterbildungen mit Schwerpunkt auf Inklusion, Integration und Vielfalt. Wir erhöhen Fördergelder für inklusive Kitas sowie Weiterbildungen für die Fachkräfte zum inklusiven Arbeiten. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass die Kita-Plätze zu den Familien passen müssen, die sie in Anspruch nehmen.

Deswegen werden wir die Öffnungs- und Buchungszeiten bedarfsgerecht anpassen, damit zum Beispiel auch Eltern im Schichtdienst ihre Kinder gut versorgt wissen.

Lern- und Lebenswelt Schule

Lernen in der Schule gestalten wir aus dem Blickwinkel der Kinder und Jugendlichen. Alle Kinder sollen in der inklusiven Lern- und Lebenswelt Schule die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Fächerübergreifendes, projektorientiertes, selbstgesteuertes und individuelles Lernen bekommen künftig mehr Raum. Damit das gelingt, wollen wir jede Schule in Bayern ausstatten mit genug Fachkräften pädagogischer, sonderpädagogischer und psychologischer Fachrichtungen. Diese multiprofessionellen Teams begleiten die Kinder in ihrer Entwicklung optimal. Sie treten Mobbing entschieden entgegen. Schrittweise führen wir eine zweite pädagogische Fachkraft in den Klassen ein, beginnend in den Grund- und Mittelschulen.

Wir werden für eine ausreichende Anzahl an Lehr- und Fachkräften sorgen. Diese lernen schon in der Ausbildung, im Studium und in Fortbildungen die Grundlagen der Inklusion. Wir bilden Schulbegleitungen zu Assistent*innen für Inklusion fort. So schaffen wir mehr Qualität in der inklusiven Bildungslandschaft. Sprachhelfer*innen an allen Schulen sorgen für eine rasche gelingende Integration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache. Schulen, die eine solche inkludierende Arbeit leisten, unterstützen wir finanziell und mit zusätzlichen Stellen.

Schüler*innen sollen ihre Leistungen besser einschätzen können. Fehler sollen sie nicht als Schwäche, sondern als Lernchance auffassen. Sie bekommen eine individuelle, aussagekräftige Rückmeldung zu ihren Kompetenzen, Lern- und Entwicklungsfortschritten. Auf unangekündigte Leistungsnachweise soll künftig verzichtet werden.

Mit einer Änderung der Allgemeinen Schulordnung wollen wir längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, den Übertritts- und Leistungsdruck in den 4. Klassen vermindern und unterschiedliche Abschlüsse an derselben Schule möglich machen. Kommunen geben wir durch eine Öffnungsklausel das Recht, auf Wunsch von Schulgemeinschaften vor Ort innovative Schulformen für schulartübergreifendes gemeinsames Lernen zu errichten. Wir bestärken die Schulen darin, in Eigenverantwortung ihre Struktur weiterzuentwickeln, und flankieren dies mit einer systematischen Evaluierung zur Kompetenzentwicklung. Bei der Finanzierung und Ausstattung unserer Schulen berücksichtigen wir die konkreten Herausforderungen, Bedarfe und Ressourcen des jeweiligen Sozialraums: Ungleiches muss ungleich behandelt werden, um Chancengerechtigkeit wiederherzustellen. Für zugewanderte Kinder wollen wir die Brückenklassen zu einem verstetigten, flexiblen Angebot an allen Schularten weiterentwickeln. Ebenso sorgen wir dafür, dass die Berufseinstiegsbegleitung als kontinuierliche Maßnahme erhalten bleibt.

Wir wollen allen Schüler*innen eine qualitativ hochwertige Ganztagsbildung anbieten und schaffen dafür Koordinator*innen-Stellen in den Kommunen. Regionales, biologisches, gesundes Schulessen machen wir durch Zuschüsse für alle Familien erschwinglich. Zu einer guten Ganztagsschule gehört es, Bewegung fest im Schulalltag zu verankern, ebenso wie handwerkliche Tätigkeiten, Kunst und Musik. Wir unterstützen Kooperationen zwischen Kitas, Schulen, Musikschulen und Vereinen. Innovativen Schulbau nach modernen pädagogischen Konzepten fördern wir künftig stärker und machen die Schulen damit zu einem Lern- und Erfahrungsort für Bildung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Lernen für die Nachhaltigkeit hat zum Ziel, auf unserem gefährdeten Planeten Verantwortung übernehmen zu können, wissenschaftliche Informationen über Natur, Gesellschaft und Wirtschaft zu verstehen und sie in eigenes und politisches Handeln integrieren zu können.

Landkreise und Kommunen gehen mit gutem Beispiel voran, indem sie Kita- und Schulgebäude energetisch sanieren, klimaneutral machen und die Einhaltung der Klimaziele regelmäßig überprüfen. Mit Förderprogrammen wollen wir diesen Prozess noch besser unterstützen. Den Umweltbeauftragten an den Schulen geben wir mehr Zeit für ihre Aufgaben. Außerschulische Zentren für Umweltbildung statten wir mit höheren Zuschüssen aus.

Einen frühzeitigen Eindruck von der Berufswelt erhalten Schüler*innen bei verpflichtenden Berufspraktika. Wir setzen Studien- und Berufsorientierung als flächendeckendes Gesamtkonzept über alle Jahrgangsstufen und Fächergrenzen hinweg um. Für angehende Lehrkräfte führen wir in der Sekundarstufe I Pflichtpraktika in zwei verschiedenen Berufen ein, wobei mindestens ein Praktikum in einem Ausbildungsberuf zu absolvieren ist.

Unsere moderne Schule der Zukunft nutzt die Möglichkeiten der Digitalisierung für eine Weiterentwicklung der Schulorganisation und des selbstbestimmten Lernens. Wir stellen jedem Kind in Bayern ein digitales Endgerät zur Verfügung. Alle Endgeräte sollen stets auf dem neuesten Stand sein und wichtige Updates erhalten. Allen Lehrkräften steht zu jederzeit fachlicher Beistand einer Systemadministration zur Verfügung. Wir entwickeln das Fach Informatik zu fächerübergreifender Digital- und Medienbildung mit Schwerpunkt Medienkompetenz weiter. Kinder und Jugendliche erlernen eine Programmiersprache und werden kompetente Mediennutzer*innen, die wissen, aus welcher Quelle die jeweiligen Informationen stammen und wie glaubwürdig sie sind. Sie lernen so, Nachrichten von Meinungen zu unterscheiden, und entwickeln die Fähigkeit, mit demokratiegefährdenden Desinformationen souverän umzugehen. Alle pädagogischen Fachkräfte bilden wir im Bereich Medienkompetenz aus und weiter.

Schule der Demokratie

Wir machen Bayerns Kitas und Schulen zu Orten demokratischen Handelns, indem wir die ganze Schulgemeinde verbindlich an Entscheidungen beteiligen. Wir führen Klassenräte und Schulparlamente verpflichtend ein. Diese Gremien erhalten echte Entscheidungskompetenz im Schulalltag und einen eigenen Posten im Schulhaushalt. Somit können Schüler*innen wirklich ihre Schule mitgestalten und Selbstwirksamkeit erfahren. Damit die gesamte Schule demokratisch organisiert ist, entscheidet künftig die Lehrer*innenkonferenz bei allen

wichtigen Fragen der Schulleitung mit. Zudem werden Eltern im Rahmen des Schulforums so in die Entscheidungsfindung einbezogen, dass eine echte Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule entstehen kann. Dies gilt für Fälle, in denen beispielsweise statt Klassenzimmern offene Lernlandschaften eingerichtet werden sollen oder die 45-Minuten-Einheit zugunsten freier Zeiteinteilung bei Projektarbeit aufgelöst werden soll.

Mehr politische Bildung und moderner Geschichtsunterricht in allen Jahrgangsstufen ermöglichen den Schüler*innen, aus der Vergangenheit zu lernen, Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen und sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Sie nehmen ihr Lernen in fächerübergreifenden Projekten selbst in die Hand und suchen nach kreativen Lösungen. Zudem sorgen wir für eine zeitgemäße Überarbeitung der Lehrpläne.

Schrittweise führen wir das Unterrichtsfach „Philosophie und Religionskunde“ ein und fördern so den Dialog über konfessionelle und weltanschauliche Grenzen hinweg. Die Schüler*innen sollen in einem gemeinsamen Fach über zentrale Wertefragen sprechen, Gemeinsamkeiten identifizieren und für andere Sichtweisen und Weltanschauungen sensibilisiert werden. Für alle Religionen wird der im Grundgesetz garantierte bekenntnisgebundene Unterricht weiter angeboten und das Fach Ethik angesichts einer stetig steigenden Nachfrage qualitativ aufgewertet.

Menschen machen Bildung

Wir brauchen motivierte und engagierte Pädagog*innen. Lehrer*innen aller Schularten bezahlen wir endlich einheitlich nach der Gehaltsstufe A13. Angestellte Lehrer*innen erhalten Arbeitsverträge für das gesamte Kalenderjahr. Die Mobile Reserve stocken wir so auf, dass Vertretungen im Krankheitsfall jederzeit möglich sind. Wir modernisieren die Ausbildung der Lehrkräfte, indem wir sie in einem Bachelor-Master-System zunächst schulartübergreifend als Teamplayer in den erziehungswissenschaftlichen Grundlagen ausbilden. In den Masterstudiengängen spezialisieren sich die Studierenden auf die verschiedenen Schulbereiche und erwerben die spezialisierten fachdidaktischen Grundlagen für die verschiedenen Schulzweige. Durch ein breites Fortbildungsangebot sorgen wir dafür, dass die Lehrkräfte immer up to date sind. Die Leitung einer Schule nehmen wir als eigene Profession wahr, bieten entsprechende Qualifizierungen der Schulleitungen an und geben ihnen mehr Personal- und Budgetverantwortung.

Projekte

Schulstress reduzieren und Übertritt vereinfachen: Wir schaffen die bindenden Notendurchschnitte für den Übertritt in die weiterführende Schule ab. Schon ab der 3. Klasse entsteht Notenstress bei unseren Kindern, um ein möglichst gutes Übertrittszeugnis zu schaffen. Wir wollen, dass die Eltern mithilfe einer guten Beratung der Schule entscheiden, welche weiterführende Schule für ihr Kind die richtige ist. Mit der Abschaffung der Übertrittsnoten sind auch nicht mehr so viele Proben notwendig. Damit gewinnen die Lehrkräfte Zeit für Vertiefungen und Förderung.

Nachhaltige Lernorte schaffen – 4800 Schulen sanieren und mit Solaranlagen ausrüsten: In den Schulen werden unsere Kinder auf ihre Zukunft vorbereitet. Schulen müssen nicht nur Lernorte, sondern gelebte Vorbilder für Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden. Wir wollen die 4800 Schulen in Bayern energetisch

sanieren und mit Solaranlagen ausrüsten und dafür die über 13 Wochen im Jahr nutzen, die diese Gebäude nicht genutzt werden.

3.3 ARBEIT UND BERUFLICHE BILDUNG

Der digitale Wandel bietet große Potenziale für eine ökologische, familienfreundliche und selbstbestimmte Arbeitswelt. Gleichzeitig stellt er uns als Gesellschaft aber auch vor große Herausforderungen. Wir GRÜNE wollen den Wandel politisch gestalten, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Bayern verbessern und die Arbeitnehmerrechte genauso wie die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen auch im digitalen Zeitalter sichern.

Denn nur wenn wir die Weichen richtig stellen, dient der digitale Wandel den Menschen und schafft eine Arbeitswelt mit sicheren Jobs, echter Freiheit und Selbstbestimmung.

Wir investieren in Ausbildungsberufe

Die berufliche Bildung ist eine entscheidende Grundlage für Bayerns Erfolg. Bayern braucht nicht nur Master, sondern auch Meister*innen, Fachkräfte, Handwerker*innen und Hilfskräfte. Mit unserem Ausbildungssystem hüten wir einen Schatz in Bayern. Für uns sind berufliche und akademische Bildung gleich viel wert – und wir werben dafür, dass das in Zukunft alle Menschen in Bayern so sehen. Damit die berufliche Bildung auf Augenhöhe mit dem Studium stehen kann, muss sie deutlicher wertgeschätzt sowie politisch und finanziell gestärkt werden. Wir GRÜNE setzen uns an allen Schularten ab der 7. Klasse für verpflichtende Betriebspraktika in Ausbildungsberufen ein, ergänzen berufspraktische Inhalte in den Lehrplänen und informieren Schüler*innen über die Vorteile einer Ausbildung.

Zusätzlich werden wir die Arbeitsbedingungen in vielen Berufszweigen sowohl während als auch nach der Ausbildung verbessern. Wir investieren in Berufsschulen sowie berufliche Bildungsstätten und modernisieren sie flächendeckend. Wo die Arbeitsbedingungen schlecht sind und die Löhne nicht für ein gutes Leben reichen, da bewerben sich besonders wenige Auszubildende. Um den Nachwuchsmangel zu bewältigen, ermöglichen wir bessere Rahmenbedingungen für gute Arbeit und machen so alle Ausbildungsbetriebe und -berufe für junge Menschen attraktiv. Dazu gehören höhere Azubi-Gehälter und eine zeitgemäße Arbeitsatmosphäre, die Flexibilität und Individualität zulässt und Azubis aktiv in das Betriebsgeschehen einbindet. Wir ermöglichen mehr bezahlbaren Wohnraum in Form von Ausbildungswohnheimen für Azubis. Wir schaffen ein breiteres Angebot an Beratungsangeboten für Azubis, um sich unter anderem über die eigenen Rechte oder gewerkschaftliches Engagement zu informieren.

Wir geben allen jungen Menschen in Bayern eine Ausbildungsplatzgarantie – unabhängig von ihrer sozialen oder regionalen Herkunft und Behinderung sowie unabhängig von konjunkturellen Schwankungen. Zudem werden wir in diesem Bereich die Möglichkeiten für Teilzeitausbildung und assistierte Ausbildung ausbauen und diese insbesondere auch für landesrechtlich verfasste Ausbildungswege öffnen. Dazu gehören zum Beispiel die Berufe Kinderpfleger*in, Pflegefachhelfer*in und Altenpflegehelfer*in. Die zweijährige Ausbildung, die es vor allem in kaufmännischen Berufsfeldern gibt, stärken wir und bauen sie weiter aus. Für

junge Menschen, die das Bildungssystem ohne Abschluss verlassen, erweitern wir das Unterstützungsangebot.

Guter Lohn für gute Arbeit

Die Beschäftigten in den sozialen Berufen leisten eine unverzichtbare Arbeit für unsere Gesellschaft. Von der Geburt über den Kindergarten bis hin zur Pflege bei Krankheit oder im Alter – nahezu jeder Mensch nimmt im Laufe des Lebens diese Arbeit in Anspruch. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den sozialen Berufen ein. Immer noch verdienen Frauen deutlich weniger als Männer. Das ist ungerecht, diskriminierend und demotivierend. Die Lohnungleichheit steht in einem engen Zusammenhang damit, dass Frauen den Großteil der sogenannten Care-Arbeit übernehmen. Wir schließen den Gender Pay Gap und stellen sicher, dass Frauen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen. Somit begegnen wir zudem Altersarmut, die vor allem Frauen betrifft.

Arbeit modern gestalten

Die meisten Menschen arbeiten, um zu leben – nicht andersherum. Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können oder ausreichende materielle Unterstützung erhalten, um am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben zu können. Und neben Arbeit und Freizeit pflegen viele Menschen noch ihre Angehörigen, ziehen Kinder groß oder bilden sich weiter. Wir GRÜNE schaffen eine moderne Arbeitszeitkultur, die zum Leben der Menschen im 21. Jahrhundert passt. Wir werden die Grenze zwischen Teilzeit und Vollzeit durchlässiger machen und uns dafür einsetzen, dass das Reduzieren der Arbeitszeit nicht mehr zu einem Karriere-Aus führt. Das schafft echte Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Freund*innen, Ehrenamt und anderen Aktivitäten. Als GRÜNE fordern wir das Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten überall dort, wo es möglich und sinnvoll ist. Dies schafft für Beschäftigte viel Freiheit in der Gestaltung ihres Arbeitsalltags. Die Voraussetzungen dafür stellen wir bereit mit einem belastbaren Mobilfunknetz und schnellem Glasfaser-Internet in jedem Haus.

Wir GRÜNE verstehen Bildung nicht als abgeschlossenes Projekt, wenn man die Schule oder Hochschule verlässt. Der Weiterbildungsbedarf in unserer Gesellschaft wird immer größer. „Ausgelernt“ gibt es nicht mehr. Auch für die Erwachsenen gilt: Alle haben ein Recht auf Bildung! Erwachsenenbildung muss daher massiv gestärkt werden. Deshalb wollen wir auf Landesebene die Bildungschancen von Erwachsenen durch ein Bildungszeitgesetz und eine wesentlich bessere Förderung der Angebote der Erwachsenenbildung verbessern.

Wir GRÜNE stehen für betriebliche Mitbestimmung als Kernstück unserer Demokratie und Wirtschaftsordnung. Nur wenn Mitbestimmung garantiert ist, begegnen sich Beschäftigte und Arbeitgeber*innen auf Augenhöhe und entscheiden gemeinsam über gerechte Löhne, Gleichstellung und ein gutes, nachhaltiges Arbeitsumfeld. Mitbestimmung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sowohl die Beschäftigten als auch die Unternehmen vom

digitalen Wandel profitieren. Wir setzen uns in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für eine moderne und umfangreichere Mitbestimmung in den Unternehmen ein. Das erhöht nicht nur die Akzeptanz von Entscheidungen, sondern

bestärkt Beschäftigte auch darin, ihre Ideen einzubringen. Nicht zuletzt deshalb braucht es mehr gleichberechtigte Betriebs- und Personalräte.

Bayerns Unternehmen suchen händeringend nach Fachkräften und Arbeiter*innen. Wir GRÜNE werden die Zuwanderung und Integration von Arbeits- und Fachkräften ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den bayerischen Arbeitsmarkt vereinfachen, indem wir die Prüfung und Anerkennung von Bildungsabschlüssen und vergleichbaren Qualifikationen aus dem Ausland deutlich vereinfachen. Zudem garantieren wir mit einem dauerhaften Bleiberecht Planungssicherheit für Fachkräfte und Unternehmen. Geflüchteten mit anerkanntem Bleibestatus erleichtern wir den Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, das generelle Arbeitsverbot schaffen wir ab. Um Fachkräften aus dem Ausland den Weg in den bayerischen Arbeitsmarkt zu erleichtern, wollen wir landesweit Beratungsstellen schaffen, wo alle Fragen um die Zuwanderung schnell und unbürokratisch beantwortet werden können. Diese Welcome-Center sollen auch Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften im Ausland unterstützen und bei der Beschaffung der notwendigen Unterlagen für Einreise- und Aufenthaltserlaubnis helfen. Für Menschen, die sich für Bayern als ihren neuen Arbeits- und Lebensmittelpunkt entschieden haben, sollen diese Welcome- Center als erste Anlaufstelle bei allen Fragen rund um ihr neues Leben in Bayern dienen.

Hier sollen sie Hilfe und Beratung bekommen hinsichtlich aller aufenthaltsrelevanten Fragen und bei der Suche nach einer Wohnung, einem Kitaplatz und einer Schule. Die Welcome- Center sollen den Menschen vermitteln, dass sie willkommen sind, und ihnen dabei helfen, sich in Bayern gut zu integrieren.

Der inklusive Arbeitsmarkt liegt uns sehr am Herzen. Daher möchten wir ihn stärken und ausbauen. Menschen mit Behinderung werden wir gezielt dabei unterstützen, in passende Arbeit zu kommen. Zudem schaffen wir Weiter- und Fortbildungsangebote, um den Wechsel zwischen den verschiedenen Arbeitsmärkten zu vereinfachen. Mittel der Ausgleichsabgabe setzen wir für die Unterstützung von Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt ein.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig, und das soll sich auch in unserem Arbeitsmarkt widerspiegeln. Daher unterstützen wir Unternehmen und Betriebe dabei, inklusive Arbeitsstellen sowie vielfältige Arbeitsteams einzuführen und auszubauen. Vielfältige Perspektiven erweitern den Horizont und schaffen so mehr Raum für Innovation.

Projekte

Faire Beschaffung und gute Arbeitsbedingungen – ein Vergabegesetz für Bayern: Wir wollen die Tarifflucht bekämpfen und darum ein Tariftreuegesetz verabschieden, wie es bereits 14 von 16 Bundesländer haben. Damit werden öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die sich tariftreu verhalten und eine bestimmte Mindestvergütung an ihre Beschäftigten zahlen. Um das zu ermöglichen, stocken wir die Vergabekammern personell auf und unterstützen Kommunen bei der Umsetzung.

Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen und Azubi-Vermittlung für Betriebe: Wir geben allen jungen Menschen in Bayern eine Ausbildungsplatzgarantie. Das setzen wir um, indem wir bayernweit Betriebe und Ausbildungssuchende in einem Matching-Programm vernetzen. Jugendliche, die zu Beginn eines Ausbildungsjahres

entgegen ihrem Wunsch noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, erhalten verbindliche Angebote für eine betriebsnahe Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte, inklusive einem anerkannten Berufsabschluss.

Bildungsurlaub für die Beschäftigten in Bayern: Wir schaffen ein modernes Bildungszeitgesetz für Bayern. Denn alle Arbeitnehmer*innen sollen die Möglichkeit erhalten, sich an zehn Tagen in zwei Jahren für Bildung von der Arbeit freistellen zu lassen (Bildungsfreistellung). Mit einem bayerischen Bildungszeitgesetz können sich Menschen beruflich, digital, politisch und kulturell weiterbilden. In Deutschland gibt es nur zwei Bundesländer ohne gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub, Bayern ist eines davon. Wir beseitigen diesen Mangel und unterstützen den Wirtschaftsstandort Bayern und seine Menschen, sich in der Arbeitswelt im schnellen Wandel zu orientieren. Mit einem Bildungszeitgesetz fördern wir Weiterbildung, stärken die Demokratie und stellen Bayern gut für die Zukunft auf.

3.4 ERFÜLLT LEBEN BIS INS HOHE ALTER

Immer mehr Menschen sind bis ins hohe Alter autonom und wollen unsere Gesellschaft aktiv gestalten. Altern ist individuell, die einen begleiten Kinder beim Lesenlernen und machen das Dorffest zum Ereignis, andere helfen Geflüchteten, sich bei uns zurechtzufinden, und mischen sich vor Ort in politische Prozesse ein. Die Erfahrungen der Älteren, ihre Tatkraft und ihr ehrenamtliches Engagement halten unser schönes Bayern zusammen.

Teilhabe im Alter

Lebenslang zu lernen und aktiv dabei zu sein im Vereinsleben, bei Konzerten und im Wirtshaus, all das führt zu mehr Lebensqualität und hält gesund. Teilhabe im Alter ist zudem ein Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern. Deswegen schaffen wir Treffpunkte im öffentlichen Raum in allen Gemeinden. Wir verbessern die Barrierefreiheit, bauen Bus und Bahn aus und fördern Mobilitätskonzepte, damit Läden, Arztpraxen, Kulturzentren und Wirtshäuser auch dann leicht erreichbar sind, wenn man nicht mehr selbst Auto fahren kann oder will und nicht mehr so gut zu Fuß ist. Viele ältere Menschen leben allein, aber niemand soll einsam sein. Wir bauen deshalb psychosoziale Unterstützungsangebote aus und führen eine*n Teilhabebeauftragte*n ein.

Selbstbestimmt leben und barrierefrei wohnen

Wir wollen, dass ältere Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wer einen großen Teil seines Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt hat, muss eine Rente erhalten, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Insbesondere Frauen wollen wir besser vor Armut im Alter schützen, hier ist der Handlungsbedarf in Bayern im Ländervergleich besonders groß. Der Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt treten wir aktiv entgegen.

Altersgerechtes Wohnen ist für uns barrierefrei, selbstbestimmt und vielfältig. Wir gestalten Wohnungen und das Wohnumfeld in Bayerns Dörfern und Stadtvierteln so, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Alter oder ihrer Beweglichkeit selbstständig und unabhängig leben können – und zwar in der Umgebung, die sie sich wünschen. Wir schaffen zum einen die Voraussetzungen, dass Menschen in ihren eigenen vier Wänden alt werden können, indem zum Beispiel bei Neubauten

flexible Grundrisse zum Standard werden, fördern den Umzug, Umbau oder Wohnungstausch, wenn die Wohnung zu groß geworden ist, und forcieren den barrierefreien Umbau des Bestandes. Zum anderen unterstützen wir Initiativen für selbstbestimmtes, barrierefreies und gemeinschaftliches Wohnen für ältere und jüngere Menschen unter einem Dach. In der Bayerischen Bauordnung erhöhen wir die Vorgaben für den Anteil barrierefreier und für Rollstuhlnutzer*innen geeigneter Wohnungen.

Projekte

Generationenübergreifendes Wohnen: Wir unterstützen, dass Menschen selbstbestimmt leben und Gemeinschaft genießen können bis ins hohe Alter. Das funktioniert am besten mit Genossenschaften, denn gemeinsames Wohnen stärkt den sozialen Zusammenhalt und schützt vor Vereinsamung im Alter. Wir wollen deshalb neue generationenübergreifende Wohn- und Lebensformen gezielt fördern - sowohl mit umfangreichen Programmen der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt als auch durch die Förderung von neuen Projekten genossenschaftlichen Wohnungsbaus für generationenübergreifendes Wohnen.

Lebenslange Lernangebote für Senior*innen: Wir fördern Bildungsangebote für ältere und mit älteren Menschen in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen auf kommunaler Ebene. Dabei werden Prozesse der Selbstbildung angeregt und unterstützt und lebensnahes Wissen zum Beispiel im Bereich der sozialen Medien vermittelt, damit Senior*innen in allen Bereichen des Lebens gleichberechtigt teilhaben können.

3.5 BARRIEREN ABBAUEN UND MITTEN HINEIN INS LEBEN!

Unsere Gesellschaft ist nur durch die Vielfalt von Menschen mit ihren Talenten, Fähigkeiten, Erfahrungen und Zielen lebendig. Daher sichern wir allen Menschen die Möglichkeit zu, ihr Leben inmitten der Gesellschaft selbst zu gestalten – unabhängig davon, wie alt sie sind oder ob sie mit oder ohne Behinderung leben.

Inklusion vom Kindesalter an ist selbstverständlich. Sie ist geltendes Recht nach der UN- Behindertenrechtskonvention und dem Bundesteilhabegesetz. Ein barrierefreies Lebensumfeld hilft allen Menschen mit Rollstuhl, mit Rollator oder mit Kinderwagen, Menschen jeden Alters, die schlecht oder gar nicht hören, sehen oder lesen können, Menschen mit psychischen Problemen oder Menschen mit Autismus. Um Inklusion in allen Regionen Bayerns weiterzuentwickeln und Qualität für alle zu erreichen, sorgen wir für eine

finanzielle Unterstützung der kommunalen Ebenen, insbesondere der Bezirke. Wir fördern Kommunen im Aufbau eines Inklusions-Checks und schulen Verwaltung, Polizei und Rettungsdienst. Wir fördern unabhängige Beratung bei der Frage nach Assistenz- und Hilfsmitteln – und das immer umfassend, zuverlässig und unbürokratisch. Analog zum Blindengeld führen wir ein dauerhaftes monatliches Gehörlosengeld auch in Bayern ein.

Die bisherigen Staatsregierungen haben ihr Ziel „Bayern barrierefrei 2023“ meilenweit verfehlt. Wir stellen einen Aktionsplan auf, mit dem wir kommunikative, soziale und bauliche Barrieren wirklich abbauen. Hierzu legen wir ein Sonderinvestitionsprogramm auf.

Grundsätzlich müssen Menschen mit Behinderung den öffentlichen Nahverkehr nutzen können und Läden, Arztpraxen, Freizeit- und Kultureinrichtungen selbstständig

erreichen. Schon bei der Planung beteiligen wir Menschen mit Behinderung deshalb als Expert*innen in eigener Sache.

Inklusion durch technische, finanzielle und persönliche Hilfe

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört die freie Wahl der Wohnform und des Aufenthaltsorts. In Bayern fehlen etwa 2,9 Millionen geeignete Wohnräume für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Deshalb führen wir die Förderrichtlinie

„Barrierefreies Umbauen“ mit anderen Forderungen zusammen und stocken sie deutlich auf. Im Bereich Smart Home and Living erproben wir Projekte und Reallabore für selbstbestimmtes und barrierefreies Wohnen und stellen dabei moderne Technik in den Dienst des Menschen. In der Bayerischen Bauordnung werden wir den Anteil barrierefreier sowie rollstuhlgerechter Wohnungen erhöhen. Wir unterstützen die Maßnahmen durch ein Landesprogramm zur Quartiersentwicklung und schaffen einen integrativen Ansatz in der kommunalen Planung. Wohn- und Betreuungsformen auf landwirtschaftlichen Höfen sehen wir als geeignete alternative Lebensform.

Zusätzlich ist ambulante personelle Unterstützung beim Wohnen, bei der Arbeit, Freizeit und Bildung erforderlich. Dafür fördern wir mit den Bezirken ambulante Dienste vor Ort, erleichtern ihnen flexible ambulante Angebote und geben Planungssicherheit mithilfe von Leistungsvereinbarungen. Menschen mit Hilfebedarf erhalten auf Wunsch unbürokratisch ein bedarfsgerechtes persönliches Budget zur Organisation ihres selbstbestimmten Lebens und auf Wunsch eine kontinuierliche Budgetberatung. Bewohner*innen von stationären Einrichtungen unterstützen wir mit einem unabhängigen Beschwerdemanagement, fördern ihre Partizipation und verbessern Kontrollmechanismen.

Inklusion in der Bildung

Von der Frühförderung über Kindertagesstätten, Schule, Studium sowie Aus- und Weiterbildung bis hin zu Jugendarbeit und Erwachsenenbildung – überall muss die Teilhabe aller Menschen gewährleistet sein. Wir schaffen vielfältige Begegnungsmöglichkeiten. Vielfalt und Inklusion tragen als gelebte Realität zur Qualität in der Bildung bei. Dazu werden wir den inklusiven Zugang zu örtlichen Kitas und allgemeinbildenden Schulen, zu Aus- und Weiterbildungen und zum Studium erleichtern. Unabhängige Beratung soll hierbei helfen. Wir werden die Kita- und Schulbauverordnung dahingehend ändern, dass beim Umbau oder Neubau einer Schule der nötige Platz für pädagogische und therapeutische Maßnahmen eingeplant wird. Werden in einer Kita-Gruppe

Kinder mit und ohne Behinderungen betreut, stellen wir eine kleinere Gruppengröße, mehr Personal und die fachliche Weiterbildung des Personals sicher. Wir bauen die mobilen sonderpädagogischen und heilpädagogischen Fachdienste und interdisziplinäre Frühförderstellen aus. Wir werden für eine ausreichende Anzahl an Lehr- und Fachkräften sorgen.

In Bayern haben Eltern die Wahlfreiheit zwischen allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen. Einen Wechsel ermöglichen wir in allen Jahrgangsstufen. Daher

werden wir in allen Schularten sonderpädagogische Kompetenz für Kinder mit unterschiedlichen Bedarfen sicherstellen. Insbesondere Kinder, deren erste Sprache nicht Deutsch ist und die derzeit vermehrt Förderschulen besuchen, profitieren davon. Sprachhelfer*innen unterstützen sie dabei.

Wir nutzen die Digitalisierung, um Bildungschancen in Bayern für alle zu verbessern. Dies kommt zum Beispiel Menschen mit Hör- und Sehbehinderung zugute und unterstützt Menschen mit Problemen im Schriftspracherwerb.

Inklusion in der Arbeitswelt

Menschen mit umfangreichem Unterstützungsbedarf tragen einen wichtigen Teil der Aufgaben dieses Landes. Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe. Wir ermöglichen Menschen mit Behinderung den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir stärken das Budget für Arbeit, schaffen einen inklusiven Arbeitsmarkt und informieren auf Jobmessen über inklusive Arbeitsmöglichkeiten. Wir führen eine dauerhafte, engmaschige Begleitung durch Jobcoaches ein, damit Menschen nicht nur leicht ins Arbeitsleben einsteigen, sondern auch erfolgreich dabeibleiben können. Gemeinsam mit Bayerns Unternehmer*innen schmieden wir Arbeitgeber*innen-Bündnisse in allen Regionen, besonders auf dem Land. Hierzu planen wir Initiativen und Modellprojekte. Den öffentlichen Dienst machen wir zum Vorbild für Inklusion im Arbeitsleben.

Alle, die bisher in Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) arbeiten, haben die Wahl. Sie entscheiden, ob sie unterstützt und begleitet auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten oder lieber in der Werkstatt verbleiben möchten. Insgesamt streben wir eine Reform der Werkstätten an. Als ersten Schritt möchten wir die Werkstätten öffnen und inklusiv gestalten, sodass dort Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten. Dies öffnet den Weg von der WfbM zu Inklusionsbetrieben. Arbeitnehmerrechte und ein angemessener Lohn für ihre Arbeit (Stichwort: Mindestlohn) sind selbstverständlich.

Barrierefrei das Leben genießen

Gemeinsam im Biergarten sitzen, einem Konzert lauschen, Sport machen oder über Politik diskutieren – all das und noch viel mehr gehört zu einem guten Leben dazu. Wir informieren deshalb Kommunen, Sport- und Kulturvereine, wie sie Inklusion konkret ermöglichen können, und zeichnen besonders inklusive Organisationen mit einem bayerischen Staatspreis für Inklusion aus. Sie leisten wichtige, psychosoziale und sozialraumorientierte Präventionsarbeit.

Projekte

Gehörlosengeld: Wir zahlen ein monatliches, regelmäßiges Gehörlosengeld, um den gehörlosen und schwerhörigen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Dies kann nur gelingen, wenn sie die notwendigen behinderungsbedingten ungedeckten Mehraufwendungen Gehörlosengeld beziehen. So können sie im Alltag einfacher per Dolmetscher*in und mittels technischer Hilfen kommunizieren, mobil sein und Kultur- und Bildungs- sowie Freizeitangebote wahrnehmen.

Einfache Sprache: Wir werden als bayerische Verwaltung Vorbild in einfacher Sprache. Hierfür stellen wir Texte auf unserer Homepage und besonders in Flyern und Formularen in einfacher Sprache zur Verfügung. Dies hilft allen Menschen: Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen mit anderer Familiensprache und Menschen ohne akademische oder gar juristische Bildung. Texte in einfacher Sprache sind leicht zu verstehen und helfen damit, Ängste oder Unsicherheiten abzubauen. Wir stellen für die Übersetzung in einfache Sprache Gelder zur Verfügung und erstellen einen zeitlich terminierten Projektplan. Unseren Angestellten bieten wir Fortbildungen an, sodass diese sich auch im direkten Gesprächskontakt in einfacher Sprache Auskunft geben können.

3.6 HOCHWERTIGE PFLEGE UND GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE MENSCHEN IN BAYERN

Vorsorge sichert Lebensqualität und entlastet das Gesundheitssystem. Gute Ernährung, gesunde Luft und der Schutz von Klima und Artenvielfalt sowie Sport- und Bewegungsförderung, gesundheitliche Bildung und die Kompetenzvermittlung für psychisches Wohlbefinden sind zentrale Säulen der Prävention. Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern – unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Lage – Zugang zu umfassender gesundheitlicher Prävention haben. Deshalb wollen wir Gesundheitsförderung und Prävention als Querschnittsaufgaben in allen Politikbereichen voranbringen. So wollen wir Kommunen zum Beispiel helfen, gesunde Ernährung in Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen anzubieten, bewegungsfreundliche Quartiere und Orte der Ruhe und Erholung zu schaffen und angesichts der voranschreitenden Klimakrise die Hitzeprävention zu verbessern.

Nicht erst in der Pandemie hat sich gezeigt, wie sich die Kürzungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst ausgewirkt haben. Mangelnde technische und personelle Ausstattung haben die Gesundheitsämter an ihre Grenzen gebracht. Wir stärken den kommunalen Öffentlichen Gesundheitsdienst mit einer auskömmlichen Finanzierung und treiben die Digitalisierung voran.

Verlässliche Versorgung auf dem Land und in der Stadt

Das oberste Ziel ist eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle – egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Besonders auf dem Land ist der Weg zur nächsten Notaufnahme, Haus- oder Kinderärztin oft viel zu weit.

Um eine gute Versorgung in allen Teilen Bayerns sicherzustellen, unterstützen wir eine gründliche, sektorübergreifende Ermittlung der Versorgungssituation und des Bedarfs.

Gerade in unterversorgten Teilen Bayerns sichern wir die medizinische Versorgung durch „Gesundheitsregionen“ mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Die Kommunen können gemeinwohlorientierte, interprofessionelle Gesundheits- und Pflegezentren errichten. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und damit die Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Unsere Vision ist eine vernetzte, koordinierte Gesundheitsversorgung, bei der Arztpraxen, Pflegedienste und Krankenhäuser kooperieren und durch mobile Praxisteams und Apotheken ergänzt werden.

Alle Menschen in Bayern müssen so versorgt sein, dass sie im Notfall oder bei Beginn einer Geburt innerhalb von 30 Minuten ein geeignetes Krankenhaus erreichen können.

Notaufnahmen sowie Geburtsheilkunde und Pädiatrie gehören zur Grundversorgung in jeder Region. Einerseits fehlen deutschlandweit gerade in ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die besonders für Notfälle und Geburtshilfe gebraucht werden. Andererseits gibt es Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe so selten durchführen, dass die Qualität der Versorgung unter der in spezialisierten Häusern mit hohen Fallzahlen liegt. Bei der regionalen Versorgung spielen Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und, wenn möglich, Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand überführen.

Mit der verantwortungsvollen Nutzung der Telemedizin können wir Patient*innen lange Wege sowie Wartezeiten ersparen. Daher werden wir Gelder für IT-Investitionen bereitstellen und den zügigen Ausbau der Telemedizin in Bayerns Kliniken fördern. Wir werden die digitale Kommunikation und Vernetzung zwischen Ärzt*innen, Therapeut*innen und Krankenhäusern untereinander und mit den Patient*innen etwa durch eine sektorübergreifende elektronische Patientenakte erleichtern. Asylbewerber*innen erhalten mit dem Beginn des Asylverfahrens eine Krankenkassenkarte. Beim (Um-)Bau von Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern und Pflegeheimen wird der Hitze- und Klimaschutz berücksichtigt.

Für einen Rettungsdienst, der für alle funktioniert

Die Rettungsdienste stehen in Bayern aufgrund des Fachkräftemangels und der steigenden Inanspruchnahme unter großem Druck. Wir werden bayernweit die Leitstellen der 116117 und 112 technisch und organisatorisch miteinander verschränken, um Patient*innen schnell, unkompliziert und auf Basis einer softwaregestützten Notrufabfrage in die richtige Versorgungsebene zu steuern. Wir wollen das System des Rettungsdienstes aus einer Hand anbieten. Das sichert die Qualität und entlastet die Einsatzkräfte.

Um die Teams zu entlasten, nehmen wir die telefonische und telemedizinische Bearbeitung von Anfragen als integralen Bestandteil der Notfallrettung in das Rettungsdienstgesetz auf. Die bundesgesetzlichen Regelungen zur Kompetenzübertragung an das Rettungsdienstfachpersonal setzen wir endlich auch in Bayern umfassend und flächendeckend nach dem Stand der Wissenschaft um, damit hochqualifizierte Einsatzkräfte effizient eingesetzt werden.

Wir verbessern die Digitalisierung im Rettungsdienst durch eine digitale Dokumentation im Dienst, eine landesweite Dokumentation der lokalen Versorgungskapazitäten und eine digitale Weitergabe von Patient*innen-Daten zwischen Leitstellen und weiterbehandelnden Versorgungsebenen. Das verbessert Rechtssicherheit, Effizienz und Versorgungsqualität.

Zur Prävention von Überlastung führen wir Gemeinde-Notfallsanitäter*innen, interdisziplinäre sozialpsychiatrische beziehungsweise notfallpflegerische Teams ein und schaffen eine gesetzliche Regelung für den vorbeugenden Rettungsdienst.

So stärken wir Gesundheitsberufe und eine wohnortnahe Versorgung

Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen unseres Gesundheitssystems deutlich offengelegt. Ob Fachärztin oder Pflegeassistenz, ob Physiotherapeut oder Hebamme – Gesundheitsberufe brauchen bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung.

Deshalb müssen wir nichtärztliche Gesundheitsberufe endlich stärker in die Versorgung einbinden und sie mit mehr Kompetenzen und Verantwortung ausstatten. Das gilt für Pflegekräfte, Community Health Nurses, Hebammen oder Therapieberufe wie Logo-, Ergo-, Physiotherapeut*innen und Medizinische Fachangestellte. Besonders kommunale Hausarztpraxen auf dem Land unterstützen wir in Zukunft mit mehr nichtärztlichen Praxisassistent*innen oder Versorgungsassistent*innen. So stellen wir sicher, dass Landärzt*innen in der Praxis und bei Hausbesuchen ihre Kapazitäten effizient einsetzen können.

Die Ausbildungssituation für alle Gesundheitsberufe muss auf den tatsächlichen Bedarf hin überprüft werden. Kapazitäten zum Beispiel bei den Medizin-Studienplätze oder medizinischen Fachausbildungen müssen angepasst werden.

Therapeutische Berufe leisten einen bedeutenden Beitrag zu Prävention und Rehabilitation. Um attraktive Arbeitsbedingungen für Therapeut*innen zu schaffen, werden wir eine Ausbildungsvergütung einführen, die an die Pflegeausbildung angelehnt ist. Wir treiben es voran, dass in Therapieberufen auch alle akademischen Abschlüsse möglich werden.

Gute Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen

Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Über den Ausbau von ambulanter Pflege sowie von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und Angebote wie Nachbarschaftszentren sichern wir Pflege rund um die Uhr ab und entlasten so auch pflegende Angehörige, die noch immer den Großteil der Unterstützung leisten.

Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Gemeinden ihre Pflegeinfrastruktur im Interesse der Bevölkerung gestalten und vorrangig freigemeinnützige und kommunale Träger berücksichtigen können, um bezahlbare Angebote zu schaffen.

Gute Pflege gelingt nur mit ausreichend Personal und besseren Arbeitsbedingungen. Durch die Übertragung ärztlicher Leistungen auf qualifizierte Pflegefachpersonen kann nicht nur die Berufszufriedenheit erhöht werden, sondern insbesondere in Pflegeheimen die Versorgungsqualität der Bewohner*innen verbessert und die Einweisungsquote in Krankenhäuser minimiert werden. Außerdem wollen wir mit einem verbesserten Pflegeschlüssel, einer Akademisierung der Pflegeausbildung und besserer Bezahlung den Pflegeberuf wieder attraktiver machen.

Um den Weg zur pflegerischen Professionalisierung zu ebnen und pflegerische Aufgaben- und Kompetenzprofile zu definieren, werden wir die Vereinigung der bayrischen Pflege zu einer Pflegekammer ausbauen.

Versorgung psychisch Erkrankter verbessern

Es ist nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen. Wer Hilfe benötigt, muss diese zeit- und wohnortnah in Anspruch nehmen können. Daher ist eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanter und stationärer Therapie sowie Hilfs- und Beratungsangeboten wie etwa zur Suizidprävention und Suchthilfe zentral. Dafür braucht es mehr Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Therapeut*innen und eine angemessene Ausbildungsvergütung von angehenden Psychotherapeut*innen.

Wir richten Kompetenzzentren für psychotherapeutische Hilfsangebote ein, an die sich Betroffene für eine Erstinformation wenden können. Die Kompetenzzentren sollen einen schnellen Überblick über die verfügbaren Angebote und Therapieplätze geben, damit Betroffenen schneller geholfen werden kann.

Aufklärungsprogramme zur Entstigmatisierung seelischer Krisen, aber auch schwerer psychischen Erkrankungen sind für alle Zielgruppen wichtig. Wir stärken die psychosozialen Arbeitsgemeinschaften und regionalen Steuerungsverbünde und sorgen für die nötige finanzielle Ausstattung.

Kinder, die mit Kriegstraumata als Geflüchtete nach Bayern kommen, erhalten vor der Einschulung eine Vorsorgeuntersuchung und, wenn nötig, entsprechende psychosoziale Unterstützung, damit ihre Bildungschancen nicht durch unbehandelte Traumata beeinträchtigt werden.

Geschlechtergerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung

Durch die Orientierung am männlichen Körper als Norm in der Wissenschaft sind Diagnostik und Therapie häufig zu wenig auf nichtmännliche Körper ausgerichtet. Daher werden Krankheiten teils bei allen, die dieser Norm nicht entsprechen, weniger schnell erkannt. So bleiben Herzinfarkte bei Frauen viel häufiger unerkannt, weil sie andere Symptome zeigen, als es in der gängigen medizinischen Ausbildung gelehrt wird. Bei Männern hingegen werden Depressionen viel seltener erkannt. Das Ignorieren geschlechtsspezifischer Krankheitssymptome oder Nebenwirkungen bei Medikamenten kann Menschen das Leben kosten. Die Geschlechterperspektive muss daher in der Forschung und Diagnostik besser berücksichtigt werden. Deshalb unterstützen wir die Einrichtung eines Lehrstuhls für Gendermedizin an einer geeigneten bayerischen Medizinfakultät und erstellen einen bayerischen Frauengesundheitsbericht. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die Geschlechterperspektive.

Hebammen sind unverzichtbar für eine gute Versorgung während der Schwangerschaft und nach der Geburt. Die wohnortnahe Versorgung mit Hebammen ist entscheidend, damit alle Schwangeren weiterhin die Wahl haben, ob sie ihr Baby daheim, im Geburtshaus oder im Krankenhaus auf die Welt bringen. Mit einem Förderprogramm für hebammengeleitete Kreißsäle werden wir die Versorgungssituation in ganz Bayern verbessern, damit alle Frauen die Geburt ihres Kindes selbstbestimmt und sicher erleben können.

Entscheidet sich eine Frau für einen Schwangerschaftsabbruch, muss sie die Möglichkeit haben, diesen wohnortnah durchführen zu lassen. Dafür braucht es ein bayernweites Versorgungskonzept mit freier Wahl der Methode sowie ein

Fortbildungsprogramm für Ärzt*innen. Auch medikamentöse Abbrüche mit telemedizinischer Begleitung müssen möglich sein. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Wir setzen uns außerdem für den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln für junge Menschen und Sozialleistungsempfänger*innen sowie den Zugang zu kostenlosen Hygieneartikeln in öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Universitäten ein.

Sucht erkennen, Prävention stärken

Ziel einer aufgeklärten Drogenpolitik muss es sein, die Zahl von Suchtkranken sowie Leid und Schäden durch Drogenkonsum zu reduzieren. Jugendschutz, Aufklärung, Prävention und Fürsorge stehen daher im Mittelpunkt unserer Drogenpolitik.

Mit zielgruppenorientierten Aufklärungskampagnen für alle Altersgruppen und einer Stärkung der Sozialarbeit an Schulen sorgen wir dafür, dass künftig noch viel mehr junge Menschen selbstbewusst Nein zu Drogen sagen. Wir bieten Drogenkonsument*innen wirksame Maßnahmen an, um die Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kommunen bekommen mit uns die Möglichkeit, Drogenkonsumräume einzurichten. Wir wollen auch in Bayern das sogenannte Drug-Checking einführen, denn verunreinigte Drogen richten besonders großen Schaden an.

Wir unterstützen den Ausbau von Therapie- und Substitutionsmöglichkeiten. Bis das Cannabis-Kontrollgesetz auf Bundesebene verabschiedet ist, werden wir die Entkriminalisierung von Cannabiskonsument*innen in Bayern vorantreiben und erhöhen den straffreien Eigengebrauch von Cannabis sofort auf 15 Gramm.

Projekte

Hitzeaktionspläne für jede Kommune: Hitzewellen werden durch die Klimakrise immer häufiger. Besonders kleine Kinder, Menschen mit Vorerkrankungen und ältere Menschen sind durch Hitzewellen gefährdet. Zur Prävention erarbeiten wir mit den Kommunen und Landkreisen passgenaue Konzepte gegen Hitzebelastung. Mit gezielter Fassaden- und Dachbegrünung, gezielter Entsiegelung und der verstärkten Verwendung natürlicher Baumaterialien können Verbesserungen bei der Luftzirkulation erzielt werden. Es gilt, gemeinsam mit den Kommunen bessere und passgenaue Lösungen zu erarbeiten und so Gesundheitsbelastungen durch die Klimakrise entgegenzuwirken. Klimaschutzmaßnahmen werden dafür natürlich die entscheidenden Maßnahmen sein. Doch es gilt, sich gleichzeitig auf die Herausforderungen vorzubereiten.

Förderprogramm für Hebammenkreißsäle: Der Hebammenkreißsaal ergänzt den ärztlich geleiteten Kreißsaal und ermöglicht Schwangeren mit einem unauffälligen Schwangerschaftsverlauf eine unkomplizierte Geburt. Um Frauen mit dem Wunsch nach einer intensiven Betreuung und interventionsarmen Geburt aus eigener Kraft zu unterstützen, werden wir die Entstehung von Hebammenkreißsälen fördern. Dabei greifen wir auf die positiven Erfahrungen mit diesem Versorgungsmodell aus anderen Bundesländern zurück.

3.7 BAYERN ENTLASTEN – GUT LEBEN UND BEZAHLBAR WOHNEN

Alle Menschen in Bayern verdienen ein gutes Leben ohne finanzielle Nöte. Wir machen daher eine Politik, die alle Menschen im Blick hat und denen hilft, die Unterstützung brauchen. Jede*r hat das Recht auf eine soziale und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft.

Bezahlbare Energie

Derzeit ist der extreme Preisanstieg für fossile Energie eine große Herausforderung für viele Bürger*innen. Wir werden die erneuerbaren Energien mit aller Kraft und schnell ausbauen und damit den Preis für Strom dauerhaft günstig machen. Dabei legen wir unseren Fokus auf Wind und Sonne, denn sie sind zusammen ein unschlagbares Team. Klimaschutz ist eine Pflichtaufgabe der Politik und damit auch jeder Kommune. So sollen alle Gemeinden und Städte auf ihren Dächern massiv Fotovoltaik-Anlagen nachrüsten und damit einen Beitrag zu einer bezahlbaren Stromversorgung leisten. Wir schaffen Anreize dafür, dass Betreiber*innen von Windrädern und Freiflächen-Solaranlagen vergünstigte Stromtarife für Anwohner*innen und kommunale Liegenschaften anbieten. Wir unterstützen die Bürger*innen dabei, eigene Fotovoltaik-Anlagen zu bauen und so langfristig mit ihrem eigenen Sonnenstrom Geld zu sparen. Wir werden jede*n mit einem Landesförderprogramm für Bürgerenergiegesellschaften dabei unterstützen, eine Bürgerenergiegenossenschaft zu gründen und Geld in Wind- und Sonnenenergie zu investieren.

Wir werden durch niedrigschwellige Energieberatung die Bürger*innen dabei unterstützen, Energie und damit auch bares Geld einzusparen. Mit einem bayerischen Härtefallfonds unterstützen wir besonders betroffene Personengruppen bei der Bewältigung der finanziellen Mehrbelastung. Die Entscheidung der Ampel-Regierung ist richtig, dass bei veralteten und klimaschädlichen Heizungen 90 Prozent der CO2-Kosten von den Vermieter*innen gezahlt werden müssen.

Bezahlbares Wohnen

Alle Bewohner*innen Bayerns haben Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Bayerische Verfassung ist unsere Richtschnur. Grund und Boden sind keine Ware, sondern für uns alle da. Wohnungsbau soll gutes Leben für alle ermöglichen, nicht Profitmaximierung Einzelner. Das ist Staatsaufgabe, der fühlen wir uns verpflichtet. Aufgabe Nummer eins ist es für uns daher, mehr Mietwohnungsbau zu erreichen – genossenschaftlich, öffentlich, privat. Wir werden Wohnungsgenossenschaften stärker fördern und die Wohnraumförderung des Freistaats deutlich ausbauen und verstetigen. Wir bauen jährlich 10.000 neue Sozialwohnungen, um den Bedarf endlich zu decken, und erhöhen die Bindungsdauer grundsätzlich auf 40 Jahre, um Wohnungen möglichst lange als günstigen Wohnraum zu erhalten. Die Folgen er Klimakrise treffen überdurchschnittlich häufig Menschen in prekären Wohnsituationen, daher achten wir auf klimagerechtes Bauen.

Den Mietenanstieg auf angespannten Wohnungsmärkten werden wir weiter einschränken. Wir sprechen uns für eine dauerhafte Mietpreisbremse aus. Qualifizierte Mietspiegel werden wir mieter*innenfreundlich stärken, verbreitern und rechtssicher ausgestalten.

Insbesondere für Bayerns Städte nehmen wir uns das erfolgreiche Gemeindebau-Konzept der Stadt Wien zum Vorbild und schaffen auf Landesebene die rechtlichen

Rahmenbedingungen dafür. So können Kommunen schnell weitere soziale Wohnungen bauen. Auch den Erwerb von Wohneigentum fördern wir. Wir wollen die Nebenkosten senken, indem wir das Bestellerprinzip auch bei den Maklergebühren für den Immobilienkauf einführen und die Grunderwerbsteuer für den ersten selbst genutzten Wohnraum deutlich absenken. Außerdem etablieren wir einen Innenentwicklungs- und Sanierungsbonus für selbst genutzte und bestehende Wohnungen und Häuser im Ort.

Bezahlbares Leben

Leben heißt unterwegs sein, ob zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Familienbesuch. Der Staat muss dafür sorgen, dass jeder Mensch sich Mobilität leisten kann. Zusätzlich zum bundesweiten 49-Euro-Ticket führen wir ein bayernweit im Nahverkehr gültiges Klimaticket für 29 Euro ein und machen es für Kinder, Jugendliche und alle Menschen in Ausbildung bis 28 Jahre kostenfrei. Damit entlasten wir besonders Familien und sorgen für mehr Teilhabe.

Der Krieg und die hohen Energiepreise treiben auch die Kosten für Lebensmittel in die Höhe. Wir wirken den steigenden Kosten für Essen aktiv entgegen. Kinder, Alleinerziehende und Familien unterstützen wir durch eine zielgerichtete Auszahlung des Familiengeldes. So gewährleisten wir, dass es diejenigen Familien erreicht, die die Unterstützung auch benötigen.

Immer noch arbeiten viele Menschen in Bayern für viel zu niedrige Löhne und haben es bereits vor der Energiekrise kaum geschafft, sich finanziell über Wasser zu halten. Der Freistaat muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und vorbildliche, faire Löhne zahlen, wenn er einen Auftrag vergibt. So heben wir nicht nur das Lohnniveau, sondern dämmen den großen Niedriglohnsektor in Bayern ein. Für uns GRÜNE gilt hier der Leitsatz: Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können.

Gesundes Leben

Aber es sind nicht nur finanzielle Sorgen, die die Menschen in Bayern umtreiben. Viele Bayer*innen, darunter besonders viele Frauen*, pflegen ihre Angehörigen selbst. Um sie zu entlasten und zu unterstützen, bauen wir Pflegestützpunkte mit einem guten Beratungsangebot in allen Landkreisen auf. Zudem werden wir sicherstellen, dass es in allen Kommunen in Bayern genug Plätze in der stationären und ambulanten Pflege gibt.

Die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und allen Erwachsenen stärken wir durch mehr und ausreichend Beratungsstellen. Wir informieren mit barrierefreien und inklusiven Aufklärungskampagnen umfassend über psychische Gesundheit und Überlastung und setzen uns für mehr Psychotherapeut*innen, Psychosomatiker*innen und Psychiater*innen ein. Wir sorgen dafür, dass es an jeder Schule Sozial- und Jugendarbeiter*innen gibt und Überlastungssituationen von Kindern, Jugendlichen oder ihren Eltern frühzeitig erkannt werden und sie die Unterstützung erfahren, die sie benötigen.

Projekte

Vergünstigte Stromtarife für Anwohner*innen von Erneuerbare-Energien-Anlagen und kommunale Liegenschaften: Wir wollen Anreize dafür schaffen, dass Betreiber*innen von Windrädern und Freiflächen-Solaranlagen vergünstigte Stromtarife für Anwohner*innen und kommunale Liegenschaften anbieten. Das Angebot soll sich mindestens an Anwohner*innen im Umkreis von drei Kilometern richten. Eine Vergünstigung von vier bis sechs Cent/kWh gegenüber dem Grundversorgertarif brächte einem Haushalt mit drei bis vier Personen und einem Verbrauch von 3.500 kWh eine jährliche Ersparnis von 140 bis 210 Euro. Durch entsprechende Informations- und Beratungsangebote des Landes wollen wir Kommunen in die Lage versetzen, bei den Verhandlungen mit potenziellen Investor*innen auf entsprechende Regelungen hinzuwirken. Anlagenbetreiber*innen, die entsprechende Tarife anbieten, sollen zudem von Rabatten bei Gebühren im Genehmigungsverfahren profitieren und ein entsprechendes Gütesiegel erhalten.

Gebührenfreie Mittagsverpflegung an Schulen: Wir ändern das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz und sorgen für eine gute und staatlich bezuschusste Mittagsverpflegung an den bayerischen Schulen. So erreichen wir einheitliche Standards und Bioquoten. Alle Kinder bekommen gutes Essen. Und wir schaffen damit einen Absatzmarkt für unsere heimischen Bio-Betriebe, die von Jahr zu Jahr mehr werden. Bestandteil des Angebots sind selbstverständlich auch vorwiegend und rein pflanzliche Gerichte.

Modernisierungs-Programm für alle Sozialwohnungen: Heizen muss bezahlbar sein – wir setzen deshalb ein Modernisierungs-Programm für alle Sozialwohnungen in Bayern auf. Dort werden dreckige Öl- und Gasheizungen ausgetauscht und energetisch saniert. Die staatliche Fürsorgepflicht muss sich auf die Menschen unter uns konzentrieren, die ohnehin jeden Cent zweimal umdrehen müssen. Wir schützen sie vor den Preisexplosionen bei Öl und Gas. Dafür investieren wir jährlich 500 Mio. Euro.